

Heise, Arne

Working Paper

Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung

Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 3

Provided in Cooperation with:

University of Hamburg, Department of Socioeconomics

Suggested Citation: Heise, Arne (2003) : Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 3, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/27071>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT

Nr. 3

Das Ende der Sozialdemokratie?

Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung

von

Arne Heise

Mai 2003

Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE



Die Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT/ Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE' werden in unregelmäßiger Folge vom Lehrstuhl 'Finanzwissenschaften' an der HWP – HAMBURGER UNIVERSITÄT FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben:

Prof. Dr. Arne Heise
HWP
Von-Melle-Park 9

20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: HeiseA@hwp-hamburg.de

Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm

Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung

Von Arne Heise, HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik

Bereits in den achtziger Jahren hatte Ralf Dahrendorf das ‚Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts‘ prognostiziert und – wie man mit Blick auf die Wahlerfolge der SPD und anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts zu sagen geneigt ist – scheinbar völlig daneben gegriffen. Aber wohin zielte Dahrendorf eigentlich mit seiner Prognose? Sah er die Sozialdemokratie nicht an ihrem eigenen Erfolge scheitern? Drohte mit der Verwirklichung des deutschen (und europäischen) Wohlfahrtsstaates nicht das alte, seit Generationen verfolgte Ziel einer besseren, gerechteren Gesellschaft so weitgehend in die Realität umgesetzt zu werden, dass das sozialdemokratische Movens erlahmte? Und konstatiert der SPD-Kenner und -Biograph Franz Walter (2002: 262) nicht genau diese Lethargie, wenn er schreibt: „Die einzigartige Lebens- und Überlebenskraft der Sozialdemokratie hing an dem moralischen Überlegenheitsgefühl, der programmatischen Sicherheit und der stabilen Identität der sozialdemokratischen Mitglieder und Aktivisten. Davon ist nicht viel übriggeblieben. Die Sozialdemokraten erscheinen heute eher verzagt, verunsichert und kleinmütig.“ Und ist mit der ‚Sozialdemokratisierung‘ der Gesellschaft vielleicht auch jene politische Differenzierung verschwunden, die ehemals als ‚Links‘ und ‚Rechts‘ charakterisiert wurde? Bedeutende Vordenker einer ‚neuen Sozialdemokratie‘ wie Anthony Giddens (1997) zumindest glauben daran und postulieren das post-ideologische Zeitalter, in dem Parteien nur mehr zu Dienstleistern in Sachen einer klassenfreien, verbürgerlichten zweiten Moderne jenseits der politischen Korrektheit werden. Nicht mehr das Projekt einer ‚gerechten, solidarischen Gesellschaft‘ im Umfeld divergierender Interessen und bedeutend unterschiedlicher wirtschaftlicher Möglichkeiten, sondern die Neuinterpretation traditionell sozialdemokratischer Werte wie ‚soziale Gerechtigkeit‘ und die Aussöhnung mit dem Markt als Wohlstand erheischendem Ordnungsmechanismus und sozialer Differenz als Momentum marktlicher Dynamik werden zu den Eckpfeilern einer Sozialdemokratie für die ‚Neue Mitte‘ erklärt.

1. Das historische Tief der SPD

Sowohl Tony Blair als auch Gerhard Schröder, die beiden real existierenden Proponenten der neuen Sozialdemokratie, haben ihre Wahlerfolge, die nach langen Phasen konservativer politischer Dominanz im Umfeld eines dezidiert neoliberalen Zeitgeistes zunächst nur als ‚Ermüdungsbruch‘ konservativen Regierens verstanden werden mochten, wiederholen können und begründen damit eine Zeitepoche, mit der sich andere politische Richtungen auseinander zu setzen haben (vgl. Hirscher/Sturm 2001). Allerdings ist Blairs Wiederwahl

vor dem Hintergrund vollständiger Führungslosigkeit der britischen Konservativen zu sehen und Schröders zweite Amtszeit wäre wohl ohne einige Zufälligkeiten, die fast an Wunder grenzen, nicht zustande gekommen. In jedem Fall dürfen sie nicht ohne weiteres als Bestätigung für die ‚Politik der Neuen Mitte‘ bzw. die ‚Dritte-Weg-Sozialdemokratie‘ angesehen werden. Dafür spricht zumindest in der Bundesrepublik auch, dass die SPD in den Popularitätsbefragungen auf Werte gesunken ist, die nicht mehr mit dem nicht ganz ungewöhnlichen Nach-Wahl-Durchhänger früherer Regierungen zu vergleichen sind: Selbst die enthusiastisch gestartete Schröder-I-Regierung im Tandem mit Oskar Lafontaine musste Popularitätsverluste hinnehmen, die nach Lafontaines Rücktritt im Frühjahr 1999 und dem sich abzeichnenden programmatischen Schwenk in Richtung ‚Neue Mitte‘ noch zunahmen und zu fürchterlichen Wahlschläppen in den Landtagswahlen von Hessen, im Saarland und Thüringen führten. Damals wie heute blies der Schröder-Regierung ein heftiger medialer Wind entgegen, der sich zu Beginn der Schröder-I-Legislaturperiode wesentlich gegen Lafontaines Kurs einer makroökonomischen Steuerung, gegen Trittins undiplomatischen AKW-Ausstieg und diverse handwerkliche Fehler richtete, was mittlerweile einem breiten ‚Sie können es einfach nicht‘ gewichen ist – die Medien-Eliten¹ machten im Winter 2002/2003 nur allzu deutlich, dass sie einen Kanzler Schröder nicht favorisierten und nun dem Wähler ihr ‚Fehlverhalten‘ vor Augen zu führen gedachten.

Die 25%-ige Zustimmung zur Politik der gegenwärtigen Schröder-Regierung, die im Februar 2003 von den Demoskopern gemessen wurde, sollte aber ernsthaft Anlass zum Nachdenken geben – dies vor allem auch, weil sich diese Werte trotz der überwältigenden Zustimmung der Bevölkerung zu Schröders Anti-Irak-Kriegskurs und der deutlichen Unterscheidung zur CDU-Position zu diesem Thema nur unwesentlich erhöht haben – zwar konnte Gerhard Schröder in den persönlichen Popularitätswerten wieder deutlich zulegen und Oppositionsführerin Angela Merkel überflügeln, aber die SPD als Regierungspartei konnte davon – anders als z.B. die GRÜNEN – kaum profitieren. Hier ist offensichtlich ein tief sitzendes Misstrauen zwischen den Wählern und der SPD entstanden, dessen Analyse und konstruktives Entgegenwirken nicht nur über die Wiederwahlchancen der SPD bei den nächsten Bundestag- und, vorher, diversen Landtagswahlen, sondern auch über die langfristige Bedeutung als wichtigste reformerische Kraft in der politischen Landschaft Deutschlands entscheiden könnte.

2. Veränderte Rahmenbedingungen ...

¹ Nachfolgend wird häufiger von ‚Eliten‘ gesprochen. Gemeint ist damit jener Personenkreis, der direkt (z.B. über Ämter) oder indirekt (z.B. durch Agenda-Setting) in der Lage ist, politische Entscheidungen merklich zu beeinflussen.

Ausgangspunkt für eine Diskussion um die künftige Strategie einer Sozialdemokratie, die dauerhaft Wahlen gewinnen kann – also strukturell mehrheitsfähig ist –, ist die Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter denen heute Politik betrieben wird. Dahrendorf ging offensichtlich davon aus, dass die feste Verankerung des Wohlfahrtsstaates in den Argumentations- und Handlungsweisen der politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Eliten dazu führen müsste, dass die Identifikations- und Organisationskraft der SPD dauerhaft leiden könnte, indem auch die andere große Volkspartei eine im wesentlichen sozialdemokratische Politik anbieten müsste. Tatsächlich hat sich der vor allem von der Medienelite vorangetriebene öffentliche Diskurs weitgehend von diesem ‚historischen Konsens‘ (vgl. Streeck 1998: 218f.) Stück für Stück verabschiedet, wird der Abbau des Wohlfahrtsstaates längst unter den Orwell’schen Begriffen ‚Umbau‘ und ‚Modernisierung‘ thematisiert. Hieran ist zunächst zweierlei bemerkenswert: Einerseits sind einst feste Säulen Nachkriegsdeutschlands – die Mitbestimmung, die Tarifautonomie, das Sozialversicherungssystem, der prinzipielle Schutz der (schwächeren) Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt – längst diskussionswürdig geworden und von fast allen Medien als eigentliche Ursachen der stagnierenden Wirtschaftsentwicklung gebrandmarkt, andererseits wird die öffentliche Meinung heute fast ausschließlich von Medien gemacht – die so genannten ‚Agenda-Setter‘ –, die nicht länger religiöse oder politische Weltbilder prägen wollen, sondern miteinander konkurrierende Wirtschaftsunternehmen sind, die ihren Profitinteressen folgen (bei der Auswahl und Aufbereitung der Themen) und im Zweifel ihre Interessen als Unternehmen (bei der Formung von Themen) zum Maßstab der Berichterstattung machen. Dieser als ‚Mediokratie‘ (Meyer 2001) oder ‚Politainment‘ (Dörner 2001) bezeichneten Vor- und Verformung der öffentlichen Meinung durch wenige, einseitig argumentierende Eliten muss die Politik sowohl bei der Auswahl ihrer Themen – dem Agenda-Building – zweifellos ebenso Rechnung tragen wie bei der Inszenierung ihrer Inhalte und dem personellen Transport zum Wähler – sonst droht ein Negativimage oder, schlimmer noch, der Wahrnehmungsverlust (Schmitt-Beck 2002: 127ff.).

Von besonderer Bedeutung in jeder Diskussion um die künftige Positionierung der SPD ist die Hypothese von der veränderten sozialen Strukturierung der Gesellschaft: Mit dem strukturellen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, mit dem technischen Fortschritt und den sich daraus ergebenden Anforderungen an die Qualifikation der Menschen, mit dem gestiegenen Einkommen und den in einer modernen Wohlfahrtsgesellschaft erschaffenen Aufstiegschancen unabhängig von der sozialen Herkunft seien traditionelle Milieus aufgebrochen, ideologisch tief greifende Bindungen an Parteien gesprengt und eine Neuorientierung am modernen, besser qualifizierten Mittelstand mit durchschnittlichem bis gehobenem Einkommen – der ‚Neuen Mitte‘ eben – notwendig, wenn ein Abgleiten in die 30%-Partei –

als Ausdruck traditionell weniger privilegierter Schichten (der ‚Frustrierten und Abgehängten‘, wie Dürr/Walter (2001:183) sie nennen), die als Stammwähler gelten können – verhindert werden soll. Das Tandem Schröder-Lafontaine des Wahlkampfes 1998 war der personifizierte Ausdruck einer Strategie, die Stammwähler (Lafontaine) und ‚Neue-Mitte-Wähler‘ (Schröder) gleichzeitig ansprechen sollte, ‚Innovation und Gerechtigkeit‘ der dazu passende Wahlslogan. So unbezweifelbar der soziale Wandel moderner Gesellschaften auch ist, so wenig selbsterklärend ist die darin verpackte Botschaft, dass Wähler überwiegend nach ihrem materiellen Nutzen abstimmen. Diese Voraussetzung nämlich muss man machen, will man die Bedeutung des ‚Neuen Mitte‘ (oder in wissenschaftlicher Terminologie: Medianwähler) behaupten. Und mehr noch: Nicht nur müssen die Wähler überwiegend materialistisch-egoistisch abstimmen, sie müssen ausreichend informiert sein (über die Wahlprogramme, die Einzelmaßnahmen, deren gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen, etc.), um einigermaßen rational entscheiden zu können. Tatsächlich sprechen zu viele logische² wie empirische³ Anomalien gegen die Gültigkeit dieser Annahmen, als dass die ‚Vermittlung‘ der Gesellschaft allzu viel über Erfolg versprechende Strategien einer sozialdemokratischen Partei auszusagen vermag. Vester (1999) zeigt die Vielfältigkeit sozialer Milieus moderner Gesellschaften, die mit einer einheitlichen Strategie unmöglich abgedeckt werden könnte. Er verweist aber gleichermaßen auf die grundsätzliche Disposition der Mehrheit der ‚Arbeitnehmergesellschaft‘ für eine sozial gerechte, mündige Teilhabe an einem durchaus fürsorglichen Gemeinwesen – jenseits der Leistungsbereitschafts-Disposition der ‚Neuen Mitte‘ nach dem Motto ‚Leistung gegen Teilhabe‘ oder ‚Leistung soll sich wieder lohnen‘. Mit dem Aufbrechen alter Milieus lockert sich also die traditionelle Bindung von soziostrukturell und soziokulturell bestimmten Stammwählerschaften zu ihren Parteien (vgl. Merkel 2001: 69), dies heißt aber zunächst nur, dass urtümliche Bindungen heute umso mehr durch überzeugende Politikangebote ersetzt werden müssen – der häufig gezogene Schluss einer Entideologisierung ‚jenseits von Rechts und Links‘ kann so nicht begründet werden (vgl. Kitschelt 1994: 284f.).

Schließlich wird die Globalisierung als dramatische Veränderung der Rahmenbedingungen angeführt, die zu einer Neuorientierung der Handlungsanforderungen an einen sozialdemokratisch regierten Staat führen müsste. Und selbstverständlich wird niemand bestreiten, dass es seit langer Zeit eine beständig steigende kapital- und güterzirkulierende Durchdringung innerhalb der Triade Amerika-Europa-Asien gibt, die mit dem Fall des

² Aufgrund der Kenntnis des marginalen Einflusses einer einzelnen Stimme auf das Wahlergebnis wäre es eigentlich rational, überhaupt keine Informationen zu sammeln (da dies mit Kosten und Mühe verbunden ist, die nicht durch entsprechenden Nutzen ausgeglichen werden) – es entstünde das Phänomen des ‚rationalen Ignoranten‘.

³ So lässt sich nicht erklären, weshalb gerade die mittleren Einkommensbezieher steuerlich besonders hoch belastet sind.

‚eisernen Vorhangs‘ Ende der achtziger Jahre nochmals einen Schub erhielt und auch nach dem Platzen der ‚New Economy‘-Blase weiter fortschreiten wird – aber bedeutet dies tatsächlich das Ende nationaler Interventions- und Steuerungsfähigkeit oder ist es nur ein allzu gefälliger Verweis, jene angebotspolitischen Maßnahmen weiterhin als unverzichtbar unter dem Schlagwort ‚Standortsicherung‘ verkaufen zu können, die bereits in den achtziger Jahren zunehmend an Attraktivität verloren hatten und – so könnte spekuliert werden – zu einem früheren Ende der Ära Kohl hätte führen können, wäre nicht das Jahrhundertereignis der deutschen Einheit dazwischen gekommen? Auf diese Frage gibt es ehrlich gesagt keine eindeutige, theoretisch fundierte Antwort: Eine multiparadigmatische Wirtschaftswissenschaft kann keine allgemein akzeptierte Position formulieren, die empirischen Befunde sind alles andere als eindeutig und schließlich hängt die Antwort zweifellos auch von den besonderen Eigenschaften einer Volkswirtschaft ab: Kleine offene Volkswirtschaften wie die Niederlande oder die skandinavischen Ländern müssen vermutlich größere Beschränkungen ihrer wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeiten hinnehmen als größere, weniger offene Volkswirtschaften wie Deutschland oder Frankreich und erst recht die USA oder die Europäische Union (vgl. z.B. Iversen 1999: 119ff.). Die Sozialdemokraten Deutschlands sind also zumindest in einer noch vergleichsweise privilegierten Situation, können allerdings auch nicht die Augen vor den Konsequenzen des bedeutsamsten Teils der Globalisierung – nämlich der ‚Integration vor der eigenen Haustür‘, also der Europäischen Integration – die Augen verschließen: Seit die Europäische Währungsunion aus den (12 von 15) Ländern der Europäischen Union quasi eine Binnenwirtschaft gemacht hat, hat der Druck auf die funktionale Harmonisierung von Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Politiksysteme zugenommen – was angesichts der institutionellen Heterogenität und der Pfadabhängigkeiten von Institutionen sowie der starken Niveauunterschiede der Leistungskraft der einzelnen Mitglieder eine Herkulesaufgabe sein muss – dies umso mehr, wenn die ideologische Ausrichtung der europäischen Akteure (Europäischer Rat und die Ministerräte) häufig stark differiert. Dies mag auch erklären, weshalb der Modus der ‚negativen Integration‘ (Abbau nationaler Regulierungen oder Standards ohne Ersatz auf EU-Ebene) im Prozess des europäischen Zusammenwachsens häufiger anzutreffen ist als der Modus der ‚positiven Integration‘ (Setzung EU-weiter Regulierungen).

Rieger/Leibfried (2001) haben schließlich auf ein weiteren Aspekt aufmerksam gemacht, der in der Globalisierungsdiskussion allzu häufig vergessen wird: Es gibt einen hohen Gleichlauf zwischen dem Ausbau sozialstaatlicher Sicherung und dem Voranschreiten der Globalisierung seit Ende des 19. Jahrhunderts. Der Wohlfahrtsstaat wird hier wesentlich als ‚Wohlfahrtsdemokratie‘ –oder, um ein Wortspiel zu verwenden: der Sozialstaat als Sozial-Demokratie – verstanden. Wachsende Risiken aufgrund zunehmender Geschwindigkeit des strukturellen, betrieblichen, kulturellen und

gesellschaftlichen Wandels durch Globalisierung, so die einleuchtende Argumentation, erzeugt mehr und keineswegs weniger Sicherheits- und Sicherheitsbedürfnis. Diese muss zwar nicht zwangsläufig kollektiv befriedigt werden, verlangt aber einen sensiblen Umgang mit Lebensrisiken, die nicht nur die Ränder der Gesellschaft erfasst, sondern ein integraler Teil des ‚modernen Lebens‘ geworden sind.

3. ...und die Positionierung der SPD

Gelegentlich wird der Eindruck vermittelt, nicht mehr Politikinhalt stehen im Mittelpunkt des politischen Vermittlungsprozesses von Parteien zu Wählern, sondern nur mehr die Vermarktung einer ‚Ware‘ Politik, die sich den Konsumgewohnheiten einer Fernseh- und Eventgesellschaft anzupassen habe (vgl. Kuhn 2002; Schmidt-Deguelle 2002; Jun 2001). Die zunehmende Anlehnung an amerikanische Formen der Politikinszenierung, die Konzentration auf Personen und Symbole (vgl. Edelman 1976) scheint diese Überlegungen zu bestätigen. Aber auch Marketing-Experten verweisen mit Nachdruck darauf, dass allein der Schein noch nicht das politische Sein bestimmt (vgl. Grafe 2003): Zwar kann im Wirtschaftsjargon davon gesprochen werden, dass Politik als ‚Marke‘ wahrnehmbar werden muss, doch impliziert dies mehr als ausschließlich Inszenierungspotential und Rituale. Dies lässt sich gut begreifen, wenn die Besonderheiten des ‚politischen Marktes‘ und der ‚Ware‘ Politik bedacht werden: Der politische Markt ist ein ‚winner takes it all‘-Markt, der durch die binäre Alternative Regierung-Opposition gekennzeichnet ist. Und die ‚Ware‘ Politik ist ein typisches Erfahrungs- oder Vertrauensgut, dessen konkreter Nutzen für den Wähler erst nach der Entscheidung (Wahl) oder vielleicht sogar nie vollständig bekannt wird und deshalb besonders viel Wert auf klare, deutliche Konnotationen und stimmige Bilder legen muss, die Vertrauen beim Wähler und somit Bindungsfähigkeit erzeugen. Die Dyade Regierung-Opposition erfordert außerdem ein hohes Maß an Unverwechselbarkeit, wie es nur die Akzeptanz einer grundsätzlichen Differenzierung im Rechts-Links-Spektrum bringen kann. Auch wenn dieser Schluss zuweilen bestritten wird (vgl. Raschke 2001), so sollten die Parallelen zwischen dieser notwendigen ‚Markenausprägung‘ als Alleinstellungsmerkmal und einer klaren ideologischen Positionierung doch nicht übersehen werden: Eine Ideologie ist eben kein Instrument atavistischer Grabenkämpfer, mit dem der Blick auf die Realitäten vernebelt werden soll, sondern die notwendige Realitätsinterpretation in einer zunehmend komplexen gesellschaftlichen Umwelt. Niemand kann ernsthaft ohne solche Deutungsmuster auskommen, für ‚rationale‘ Wahlentscheidungen fehlen nicht nur Informationen und Informationsverarbeitungskapazitäten, sondern vermutlich auch die Disposition: Menschen wählen mehrheitlich nicht nach ihrer Geldbörse, sondern nach soziotropischen Motiven, die durchaus durch politisches Marketing beeinflusst werden können. Wer heute von ‚post-ideologischem Zeitalter‘ spricht und die Ausrichtung der Politik an scheinbar objektiven

Notwendigkeiten anmahnt – die Rhetorik reicht dann von ‚Alternativlosigkeit‘ bis zu den ‚hard choices‘, vor denen die Politik stünde – hat entweder das Wesen der Politik nicht wirklich verstanden oder, schlimmer noch, unterwirft sich wissentlich oder unwissentlich einer herrschenden Ideologie (Welterklärung). Es ist doch gänzlich unsinnig anzunehmen, dass in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung ein über Partikularinteressen schwebendes ‚Allgemeinwohl‘ bestimmt werden könnte, dass es mit staatsmännischem Furor zu verfolgen gelte (das ‚System Schröder‘ vgl Meng 2002). Gesellschaftliche Ziele sind immer Ausdruck von Interessen und Motiven, die politische Parteien bündeln, vermarkten und – wenn sie mehrheitsfähig geworden sind – in konkretes Regierungshandeln übersetzen müssen.

Was heißt das für die Sozialdemokratie? Einerseits wird klar, dass die SPD ihrer programmatischen Diskussion wieder ein stärkeres Gewicht zukommen lassen sollte als von manchem führenden Pragmatiker behauptet wird: Wenn der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Clement sagt, ‚Wer Visionen hat, muss zum Arzt gehen‘, zeugt dies von einem besorgniserregenden Mangel an strategischer Fertigkeit. Gerade die SPD war immer eine sach- und wertorientierte Partei, die sich nicht nur als Machtbasis („Kanzlerwahlverein“) verstanden hat. In diesem Falle aber sind klare gesellschaftspolitische Visionen wesentlicher Teil einer ‚Marke‘: Mit ‚Solidarität‘, ‚Chancengleichheit‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ verfügt die Sozialdemokratie seit über einem Jahrhundert über weithin bekannte und akzeptierte Werte, die auch in der heutigen Politiklandschaft als wesentliche Alleinstellungsmerkmale begriffen werden können. Allerdings muss zugegeben werden, dass die Interpretation dieser Werte im Zeitverlauf Änderungen unterworfen sein kann und die Profilierung der Partei wesentlich davon abhängen wird, in wie weit es gelingt, diese Interpretationen sicht- und nachvollziehbar und handlungsmächtig zu machen. Die Sozialdemokratie des Godesberger Programms warf klassenkämpferischen Ballast über Bord, in dem sie die obigen Werte durchaus in einer kapitalistischen Gesellschaft zu verwirklichen trachtete und statt der als zunehmend weltfremd empfundenen Systemfrage die Instrumentenfrage stellte: Mit ‚Sozialpolitik‘, ‚Vollbeschäftigung‘ und ‚Mitbestimmung‘ konnten die Werte konkretisiert und mit dem ‚institutionalisierten Keynesianismus‘ schließlich auch ein wirtschafts- und sozialpolitischer Instrumentenkasten angeboten werden – ein ‚Geschenk des Himmels‘ wie es Adam Przeworski (1985) einmal nannte. Die Neuinterpretation dieser Werte durch die ‚Neue-Mitte‘-SPD im Sinne einer Verschiebung von der aktiven, ausgleichenden zur aktivierenden, soziale Differenzierungen verstärkenden Sozialpolitik, von der Vollbeschäftigung (employment) zur reinen Marktteilnahmechance (employability) und von der partizipativen Mitbestimmung zum ausschließlich standortgetriebenen Human-Resource-Management-Konzept hat bislang wenig Faszination verbreitet, wird nicht als sinn- und identitätsstiftendes Projekt verstanden und konnte

auch in der begrifflichen Ausgestaltung als ‚Zivilgesellschaft‘ bislang keine visionäre Kraft entfalten. Diese Schlüsse können gezogen werden, wenn die Wählerwanderungsanalysen der letzten Landtagswahlen in dem Sinne richtig gedeutet sind, dass der viel umworbene ‚Neue-Mitte‘-Wähler nicht dauerhaft gebunden werden konnte, aber auch die breite sozialdemokratische Stammwählerschaft – die keineswegs nur ein Milieu, sondern eher eine Disposition beschreibt – in Apathie (also latente Nicht-Wählerschaft) verfallen ist.

Neben die ideologische Positionierung muss allerdings, dass wissen die Pragmatiker besser als die Programmatiker, auch eine Konzeption mittlerer Reichweite treten, die die ideologischen Visionen in kurz- bis mittelfristiges Regierungshandeln übersetzen. Die mit dem Regierungshandeln transportierten Bilder müssen dabei zur ideologischen Positionierung stimmig passen, sie müssen allerdings auch kommunizier- und inszenierbar sein – hier beginnt die Aufgabe der Parteistrategen und Marketingexperten (vgl. Machnig 2002). Was so einfach nieder geschrieben werden kann, ist im politischen Alltag zweifellos Kernerarbeit: Erstens haben die Parteien weitgehend die Fähigkeit verloren, die politische Agenda zu bestimmen. Längst haben sie es aus der Hand gegeben, Themen zu formen und eigenständig zu besetzen, auch die Themenauswahl liegt nur noch selten in ihrer Hand. Zumeist sind es Medien, die hier die Kommunikation bestimmen. In extremer Form hat sich der ‚Medienkanzler‘ Schröder dieser Logik unterworfen und weitgehend auf sein Inszenierungstalent gesetzt. Das Ergebnis war allerdings ein ziel- und konzeptionsloses Mäandern zwischen arbeitgeber- und arbeitnehmerfreundlichen Positionen, zwischen traditionellen und ‚Neue-Mitte‘-Positionen – je nachdem, wo die Medien gerade Defizite auszumachen glaubten. Damit aber gewinnen Wähler und Parteimitglieder den Eindruck, die Politik der Partei werde von den Medieneliten und eben nicht der Parteiideologie bestimmt – Machtstreben als Füllung der konzeptionell-ideologischen Sinnentleerung. Hiergegen rebelliert nun ganz offen ein Teil der Partei. Diese Art der Unterwerfung unter den medialen Zeitgeist übersieht, dass es einen internen Kommunikationsapparat gibt, der über die hunderttausendfache Multiplikatorwirkung der Parteimitglieder auch im Medienzeitalter noch ungeahnte Potentiale hat (Vester 1999: 55). Außerdem zeigt das Beispiel ‚Irak-Konflikt‘, dass auch eine Profilierung gegen den medialen Mainstream durchaus möglich ist, wenn nur Authentizität der Positionen und die Bereitschaft zur Formung von Themen miteinander gepaart werden. Allerdings können auch Probleme im Regierungsalltag entstehen, die nicht selbstverschuldet sind: Koalitionspartner können ebenso politische Kompromisse erzwingen, die Parteiideologie und Regierungshandeln divergieren lassen wie die häufig unsichtbare Nebenregierung des Bundesrates – allerdings sind dies allgemein bekannte Spielregeln, die auch dem Wähler transparent zu machen sind.

Wie aber geht die Sozialdemokratie mit den Einschränkungen des nationalen Steuerungspotentials wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Prozesse um? Muss sie nicht allein aus diesem Grund der These der ‚Modernisierer‘ folgen, wonach die Zeit des Ruderns vorbei sei und sich stattdessen ein sozialdemokratisch geführter Staat, wie eben auch ein konservativ dominierter Staat wesentlich auf das Lenken, soll heißen: Anreize setzen, beschränken müsste? Und ist nicht aus diesem Grunde auch die strategische Positionierung richtig, die SPD als den besseren Fahrensmann im wilden Strudel der durch die Globalisierung erzwungenen Modernisierung zu positionieren (vgl. Heil/Stender 2003)? Oder sollte die Sozialdemokratie vielleicht der Empfehlung des früheren Clinton-Beraters Dick Morris folgen, wonach wirtschafts- und insbesondere beschäftigungspolitische Themen nicht länger als zentrale Kompetenz- und Identifikationsbereiche betrachtet werden sollten, weil die nationale Steuerungskompetenz zu sehr geschwunden sei, um erfolgswirksame Strategien zu ermöglichen. Also Abschied nicht nur von Vollbeschäftigungszielen als Kern sozialdemokratischen Politikhandelns und sozialdemokratischer Programmatik, von den ‚Arbeit, Arbeit, Arbeit‘-Losungen vergangener Wahlkämpfe? Und stattdessen Konzentration auf Normen der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ (vgl. Bartels 2003)? Beide Wege, die unkritische Hinnahme der neoliberalen Hegemonie wie auch das vermeintlich ‚ehrliche‘ Eingeständnis politischer Machtlosigkeit, können kaum als tragfähig angesehen werden: Letzteres aus dem schlichten Grund nicht, weil die Wähler mit ihrer Wahlentscheidung nun mal auch eine Verantwortlichkeit übertragen – dies bedeutet nicht das Nachhängen naiver Machbarkeitsvorstellungen, wohl aber die Handlungsfähigkeit in zentralen (wirtschafts-)politischen Fragen. Mit der ex- oder impliziten Zurückweisung dieser Verantwortlichkeit würde die Politik ihre Legitimation verlieren. Und die Akzeptanz im Kern neoliberaler Problembetrachtungen – die Schröder-I-Regierung hatte mit dem ‚Bündnis für Arbeit‘ immerhin noch ein Politikverfahren, das in seiner korporatistischen Orientierung als genuin sozialdemokratisch verstanden werden konnte (Esser/Schroeder 1999), nach dem Scheitern dieser Gesprächsrunden ist die Differenzierung zur Opposition weiter geschwunden – wird aus dreierlei Gründen langfristig nicht erfolgreich sein: (1) Die Medieneliten werden trotz aller Anbiederungsversuche an der Kommunikationsfolge ‚Sie können es einfach nicht‘ festhalten; (2) Soziotropisches Verhalten erfordert langfristige Erfolgsbewährung – neoliberale oder ‚linke‘ Angebotspolitik (vgl. Priddat 2001) löst das drängendste gesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht (vgl. Heise 1997). Dies wäre aber der notwendige Gegenwert, den zumindest eine sozialdemokratische Politik für den Preis des Sozialabbaus (als wesentlicher Teil der Angebotspolitik) präsentieren müsste; (3) Mit der Aufgabe einer eigenständigen gesellschaftlichen Vision verliert die Sozialdemokratie ihr Movens, löst sich die Unterscheidbarkeit zur anderen großen Volkspartei im Kern auf, fehlt der Regierung-Opposition-Dyade die grundsätzliche politische Entsprechung. Dieser strategische Schritt wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn die Prägung

der öffentlichen Meinung als so weitgehend empfunden würde, dass kritische, anders lautende Verbreitungen ausschließlich als sektiererische Bekundungen jenseits eines akzeptierten gesellschaftlichen Konsens aufgenommen würde. Die PDS scheint zumindest in Westdeutschland in einer vergleichbaren Position, die führende Regierungspartei sollte allerdings in der Lage sein, mitzubestimmen, wie weit der gesellschaftliche Konsens reicht. Oder anders: Je mehr auch in der SPD der kritische Diskurs verstummt, desto enger wird die Basis politischer Denkbareiten.

4. Das Ende der Sozialdemokratie... ... und ihr Anfang

Gerhard Schröder führt die SPD auf einen Kurs, der die langfristige Regierungsfähigkeit bewahren soll. Entsprechend seiner eigenen Lebenserfahrungen – und man sollte derart individuelle Momente bei der Formulierung von Regierungs- und Parteihandeln nicht gering schätzen – setzt er dabei auf stärker individualistische und meritokratische Elemente als es bislang in der Sozialdemokratie gewünscht war. Er sieht darin den ‚feasible set‘ sozialdemokratischer Politik in neoliberalen und globalisierten Zeiten – also angesichts objektiver und subjektiver Veränderungen der Rahmenbedingungen und politischen Restriktionen (vgl. Merkel 2001). Schröder und die Politik bestimmenden Pragmatiker können sich nicht vorstellen, sich außerhalb des von fast allen gesellschaftlichen Eliten bestimmten Diskurses zu stellen oder gar daran mitzuwirken, dass der gesellschaftliche Diskurs offen und plural verbleibt. Hier stehen mittlerweile die Gewerkschaften weitgehend allein auf weiter Flur und sie laufen Gefahr der politischen Marginalisierung. Ist die Hinnahme der neoliberalen Hegemonie also der notwendige Weg der Sozialdemokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts? Muss die Partei die ‚hard choices‘, die Sachzwanglogik des Weltmarktes so akzeptieren wie die Godesberger Sozialdemokratie die endgültige Lossagung von ihren marxistischen Wurzeln als langfristiges Erfolgssignal benötigte – ohne dass es darüber zur endgültigen Spaltung der Partei gekommen wäre? Müssen Schröder und Clement nun ihr Heil in der ‚Macher-‘, oder ‚Modernisierer-Pose‘ suchen, den ideologischen Tabubruch als Ausweis der Gemeinwohlorientierung gegenüber kleingeistiger Interessenvertretung und Besitzstandswahrung stilisieren? Sicher ist, dass ein solcher Weg grundsätzlich nur gangbar ist, wenn den Kommunikations- und Partizipationsbedürfnissen der Partei stärker als bisher Rechnung getragen wird – derart zentrale Weichenstellungen können in keiner Partei und schon gar nicht in der SPD von oben herab dekretiert werden. Natürlich kollidiert dies mit dem ‚Macher-Image‘ des Kanzlers, muss deshalb vom Parteiapparat übernommen werden. Wie verheerend die Fehleinschätzung der Gefolgschaft der Partei war, zeigt das bislang in ihrer Geschichte einmalige Verfahren eines Mitgliederbegehrens und die Abwahl von Schröder-treuen Landesvorständen.

Aber es ist nicht allein der Versuch Schröders, die SPD wie ein Politikunternehmen von der Spitze her zu managen, der in weiten Teilen der Mitglied- und potentiellen Wählerschaft sauer aufstößt, es ist auch der grundlegende Kurs – der neuerdings als ‚Agenda 2010‘ einen Namen bekommen hat –, der einige absolute ‚don’ts‘ übersieht: Mit der expliziten Preisgabe einer ideologischen Positionierung verzichtet das Politikmanagement auf ein notwendiges Alleinstellungsmerkmal, ohne das es schwer werden wird, eine ‚Marke‘ mit dauerhafter Bindungskraft zu positionieren. Dieses Manko ist besonders fatal, wenn die ‚Politikkonzeption mittlerer Reichweite‘ ganz wesentlich auf Reformen als Selbstzweck, als Symbol der Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit abstellt. Gerade wenn die gesellschaftlichen Reformen im Sinne von ‚hard choices‘ Besitzstände angreifen und damit verteilungspolitische Wirkungen haben, ist es für eine sozialdemokratische Regierung überlebensnotwendig, dass ihr die Wahrung der sozialen Balance zugetraut wird. Wer in einer solchen Situation von Alternativlosigkeit und überideologischen Notwendigkeiten spricht, zeigt nicht gerade, dass er Politik als Prozess des Aushandels von Kompromissen zwischen verschiedenen Interessenlagen verstanden hat und signalisiert zumindest dem sozialdemokratischen Wählerpotential, dass es seinen Interessen keine besondere Bedeutung beizumessen geneigt ist.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Preisgabe der traditionellen Dyade ‚Selbstregulierung des Marktes versus Marktintervention‘, die dem ideologischen Rechts-Links-Schema die wirtschaftspolitische Grundierung gab. Gerade in Zeiten überbordender Kommerzialisierung aller möglichen Lebensbereiche wird der Wunsch nach einer Interventionsmacht lauter, die sich über die Regeln des Marktes zu erheben vermag und dem Markt seine Grenzen aufzuzeigen verspricht. Wer gerade unter solchen Rahmenbedingungen das sozialdemokratische Credo der Begrenztheit des Marktes aufgibt und die Marktverlierer (Arbeitslose) noch an den Pranger stellt, kann nicht eben behaupten, die gesellschaftliche Avantgarde oder auch nur die mehrheitlich solidarisch disponierten Menschen zu vertreten. Das als ‚Agenda 2010‘ bezeichnete Elaborat aus Ideologie verzichtendem Pragmatismus wird eigentlich nur einem ‚don’t‘ gerecht: Es thematisiert den Wandel, die Anpassung, die Veränderung, die sich thematisch durch alle Diskurse ziehen, die sich aber auch besser medial inszenieren lassen als Stillstand, Verteidigung von erreichten Positionen und Institutionen. Wer in den – begründeten oder unbegründeten – Verdacht gerät, eine ‚Es soll so bleiben wie es ist‘-Stellung zu beziehen, also der ‚Stützpfeiler der alten Ordnung‘ (Kesselman 1996: 147) zu sein, verliert zu recht Glaubwürdigkeit und Legitimation. Diese Erkenntnis beinhaltet aber noch nicht jenen ‚Modernisierungskurs‘ der Schröder-SPD, der wohl zu recht als meritokratisch verzerrt und deshalb im Kern als nicht-sozialdemokratisch empfunden wird. Die Menschen in Deutschland, auch die SPD-Mitglieder und

potentiellen Wähler haben durchaus verstanden und akzeptiert, dass sich Liebgewonnenes, Altbekanntes, auch als bewährt empfundenes verändern muss und vielleicht auch mit Belastungen (z.B. Selbstvorsorge) oder geringerer kollektiver Hilfeleistung (z.B. Arbeitslosengeld, Rente) verbunden sein kann. Gerade aber in derart dynamischen Zeiten ist es zumindest für eine sozialdemokratische Regierung absolut vital, den Wunsch nach sozialer Balance und institutioneller Sicherheit zu befriedigen (vgl. Priddat 2000) – ein Umbau des wohlfahrtsstaatlichen Gefüges als ernsthafte Sicherung des ‚Systems‘ gegen Angriffe Merz’scher Dimensionen würde zweifellos honoriert werden und könnte auch – bei aller Detailkritik – als ‚Kunst des Machbaren‘ mobilisierend vermarktet werden. Genau dieses Vertrauen aber haben die ideologielosen Pragmatiker der SPD-Führung verloren, indem sie zunehmend Politikinhalt für unverzichtbar verkünden, die sie – wie etwa den Abbau des Kündigungsschutzes oder die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau – noch vor wenigen Monaten (vor der Wahl) als unvereinbar mit sozialdemokratischen Werten erachteten. Wer nimmt dieser Sozialdemokratie denn ab, dass sie wirklich der Garant des (abgespeckten) Sozialstaates ist?

Vielleicht muss die Erkenntnis daraus sein, dass es ‚kein richtiges Leben im falschen gibt‘, um Adorno zu paraphrasieren. Vielleicht kann die Akzeptanz und Unterordnung unter einen unkritisch hingenommenen neoliberalen Diskurs im Sinne einer ‚Politik des Machbaren‘ für eine sozialdemokratische Regierungspartei eben nicht aufgehen, auch wenn man auf politisches Führungspersonal mit Charisma und ausgeprägter Inszenierungsfähigkeit zurückgreifen kann? Vielleicht muss sich die Sozialdemokratie über einige Essentials bewusst werden, die die Veränderung des alten ‚keynesianischen Wohlfahrtsstaates‘ genauso zulässt, wie es die klare ideologische Differenz zu den konservativen Marktapologeten aufrecht erhält und die rekonstruierte Interventionsmacht der Politik gegen die Macht der Märkte und Unternehmen und die Interessen der Leistungselite verteidigt. Wenn es der Sozialdemokratie gelänge, ein makroökonomisches Governance-System auf nationaler und EU-Ebene voranzubringen, dessen Kern eine (Wieder-)Belebung und Institutionalisierung des Makrodialogs zwischen der Europäischen Zentralbank (bzw. der Deutschen Bundesbank), den Sozialpartnern und der Finanzpolitik wäre (vgl. Heise 2002), könnten die ökonomischen Rahmenbedingungen für Deutschland und die EU in einer Weise verbessert werden, dass eine Neujustierung der sozialpolitischen Balance zwischen individueller und kollektiver Sicherung und, vielleicht wichtiger und drängender, eine allmähliche Harmonisierung der EU-Sozialsysteme auf Basis des Beveridge-Systems ohne die ‚Keule der Arbeitslosigkeit‘ möglich würde. Die Ausdehnung der deutschen Geldverfassung auf die Europäische Union hat in der Vorbereitung auf die Europäische Währungsunion vielen europäischen Partnern große Anpassungsanstrengungen abverlangt, nun liegt es an der Bundesrepublik, sich vom abgabenfinanzierten (Sozial-)Versicherungssystem

nach Bismarck zugunsten eines steuerfinanzierten Vorsorgesystems nach Beveridge zu trennen. Dies wären wahrlich zukunftsweisende Reformprojekte, in denen eine sozialdemokratische Bundesregierung nicht nur hinreichend damit beschäftigt wäre, ein Absinken des Sicherungsniveaus auf individuell perforierte Fürsorge (wie in den angelsächsischen Ländern) zu verhindern, sondern auch eine weiterhin dem Leistungsfähigkeitsprinzip geschuldete Finanzierung durchzusetzen hätte – zweifellos Herkulesaufgaben mit zahlreichen Politikfallen und Blockierungspotential. Dennoch: Ein postkeynesianisch reformierter Wohlfahrtsstaat, der mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat der siebziger Jahre wohl die Werte und Ziele solidarischer Zuwendung, nicht aber die Instrumente und Institutionen gemein hätte, und doch als klare Alternative zum meritokratischen Wettbewerbsstaat des politischen Konservatismus stünde, könnte ein ‚neuerliches Geschenk des Himmels‘ für eine Sozialdemokratie werden, die bereit und fähig ist, sich den ton- und meinungsmachenden Eliten entgegen zu stellen (vgl. Heise 2003). Denn das sollte klar sein: Wer immer sich den Interessen der Leistungselite verweigert, muss nicht nur in diesem Land mit unerbittlichem medialen Gegenwind rechnen. Doch auch darin kann man sein Profil schärfen.

Literatur

Bartels, H.-P.; It's not the economy, stupid; in: Berliner Republik, 5. Jg., H.1, 2003, S. 20 – 28

Dörner, A.; Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt 2001

Dürr, T., Walter, F.; Ohne Traditionen keine Modernisierung – die schwierige Erneuerung der SPD; in: Schroeder, W. (Hrsg.); Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts 2001, S. 163 – 186

Edelman, M.; Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt 1976

Esser, J., Schroeder, W.; Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus. Vom Bündnis für Arbeit zum Dritten Weg; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.1, 1999, S. 51 – 61

Franz, W.; Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002

Giddens, A.; Jenseits von Links und Rechts. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt 1997

Grafe, P.; Morgen wird es dir besser gehen; in: Berliner Republik, 5. Jg., H.1, 2003, S. 64 – 68

Heil, H., Stender, C.; Ohne Wirtschaft ist alles nichts; in: Berliner Republik, 5. Jg., H.1, 2003, S. 28 – 34

Heise, A.; Neoliberale Empfehlungen zur Beschäftigungspolitik in Theorie und Praxis; in: WSI-Mitteilungen, 50. Jg., H. 11, 1997, S. 758 – 770

Heise, A.; Bedeutung und Perspektiven des EU-Makrodialogs; in: ders. (Hrsg.); Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum, Marburg 2002, S. 373 – 395

Heise, A.; Dreiste Elite. Politische Ökonomie der Modernisierung, hamburg 2003

Hirscher, G./ Sturm, R. (Hrsg.); Die Strategie des ‚Dritten Weges‘. Legitimation und Praxis sozialdemokratischer Regierungspolitik, München 2001

Iversen, T.; Contested Economic Institutions. The Politics of Macroeconomics and Wage Bargaining in Advanced Democracies, Cambridge 1999

Jun, U.; Der Wahlkampf der SPD zur Bundestagswahl 1998: Der Kampf um die ‘Neue Mitte’ als Medieninszenierung; in: Hirscher, G., Sturm, R. (Hrsg.); Die Strategie des ‚Dritten Weges‘. Legitimation und Praxis sozialdemokratischer Regierungspolitik, München 2001, S. 51 – 95

Kesselman, M.; Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nach dem Ende des Keynesianismus; in: Borchert, J. et al. (Hrsg.); Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel, Opladen 1996, S. 135 – 168

Kitschelt, H.; The Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994

Kuhn, F.; Strategische Steuerung der Öffentlichkeit?; in: Nullmeier, F., Saretzki, Th. (Hrsg.); Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002, S. 85 – 98

Machnig, M.; Strategiefähigkeit in der beschleunigten Mediengesellschaft, in: Nullmeier, F., Saretzki, Th. (Hrsg.); Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002, S. 167 – 178

Meng, R.; Der Medienkanzler. Was bleibt vom System Schröder? Frankfurt 2002

Merkel, W.; Die Sozialdemokratie vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Politische Handlungsräume und soziale Gerechtigkeit; in: Schroeder, W. (Hrsg.); Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts 2001, S. 65 – 98

Meyer, Th., Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt 2001

Priddat, B.P.; ReForm. Über den Wunsch nach Form in der Politik; in: ders. (Hrsg.); Der bewegte Staat. Formen seiner ReForm – Notizen zur ‚new governance‘, Marburg 2000, S. 119 – 166

Priddat, B.; Linke Angebotspolitik?; in: Schroeder, W. (Hrsg.); Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Schwalbach/Ts 2001, S. 99 – 115

Przeworski, A.; Capitalism and Social Democracy, Cambridge 1985

Raschke, J.; Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept; in: Nullmeier, F., Saretzki, Th. (Hrsg.); Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002, S. 207 – 242

Rieger, E., Leibfried, St.; Grundlagen der Globalisierung. Perspektiven des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt 2001

Schmidt-Deguelle, K.-P.; Mehr als nur reaktives Handeln. Die Praxis der Medienberatung; in: Nullmeier, F., Saretzki, Th. (Hrsg.); Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002, S. 99 – 108

Streeck, W.; Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, in: Messner, D. (Hrsg.); Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn 1998, S. 218 – 24

Vester, M.; Gibt es eine ‚neue Mitte‘? Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik?, in: Argumente, H. 2-3, 1999, S. 38 – 55

Bisher erschienene Arbeitspapiere

Nr. 1 Arne Heise: EMU, Coordinanted Macroeconomic Policies and a Boost to Employment in the European Union, September 2002

Nr. 2 Arne Heise: Makroökonomisches Economic Governance: Makro-Dialoge auf nationaler und EU-Ebene, Februar 2002